

Bund und Land unterstützen Breitbandausbau

Verkehrsminister Dobrindt gibt weitere Fördermittel frei

STUTTGART (StN). Der Bund fördert mit weiteren 935 Millionen Euro den Ausbau des schnellen Internets in Deutschland. Damit würden zusammen mit Mitteln von Kommunen und Firmen insgesamt Investitionen von 2,2 Milliarden Euro ausgelöst, sagte Infrastrukturminister Alexander Dobrindt (CSU) anlässlich der Übergabe von 165 Förderbescheiden in Berlin. Verlegt werden könnten nun 84 000 Kilometer Glasfaserkabel, 860 000 Haushalte und Unternehmen könnten Breitbandanschlüsse erhalten. Davon profitiert auch Baden-Württemberg.

Das insgesamt vier Milliarden Euro umfassende Bundesprogramm war 2015 gestartet worden. In zwei ersten Wellen wurden daraus bereits mehr als 1,3 Milliarden Euro vergeben. Projekte können jeweils mit bis zu 15 Millionen Euro bezuschusst werden. Kommunen können auch schon Planungs- und Beratungskosten fördern lassen. Ziel ist, den für Telekom-Anbieter sonst wenig lukrativen Breitbandausbau auf dem Land anzukurbeln.

Für das Jahr 2017 gibt es damit für Baden-Württemberg aus dem Bund 19,8 Millionen Euro. 2015 und 2016 wurden 60 Millionen Euro vom Bund überwiesen. Für 2017 hat das Land bis jetzt weitere 16 Millionen Euro bewilligt, nachdem es im vergangenen Jahr die Rekordsumme von 115,7 Millionen in den Ausbau investiert hat. Mit Blick auf das gesamte Jahr 2017 wird wieder mit einem dreistelligen Millionenbetrag an Investitionen gerechnet.

Positive Bescheide erhielten aktuell für dieses Jahr bis jetzt unter anderem der Zusammenschluss der Kommunen Welzheim und Plüdershausen im Rems-Murr-Kreis, ein Stadtteil von Hayingen bei Reutlingen oder mehrere Stadtteile von Meßkirch bei Sigmaringen. Gefördert werden außerdem flächendeckend zahlreiche Projekte in Karlsruhe, Lörrach, Rastatt sowie im Ostalbkreis, Alb-Donau- oder im Rhein-Neckar-Kreis sowie in Biberach, Freudenstadt oder Calw.

Innenminister Thomas Strobl (CDU) betont die Notwendigkeit dieser Investitionen in den vergangenen sowie in den nächsten Jahren: „Schnelles Internet ist inzwischen so wichtig wie Strom und fließend Wasser. Leistungsfähige Breitbandnetze sind für uns daher Teil der Daseinsvorsorge. Bund, Land und Kommunen ziehen für eine flächendeckende Breitbandversorgung an einem Strang – nur gemeinsam kann ein flächendeckender Ausbau gelingen. Die Breitbandförderprogramme des Bundes und des Landes ergänzen sich daher auch ideal. Baden-Württemberg unterstützt deshalb das Breitbandförderprogramm der Bundesregierung mit der Aufstockung des Fördervolumens aus landeseigenen Mitteln.“

Korrekturen für die Polizeireform

STUTTGART (lsw). Verkehrspolizisten in Baden-Württemberg sollen wieder schneller an Unfallorten sein. Grünen-Innenexperte Uli Sckerl geht davon aus, dass der Lenkungsausschuss zur Überprüfung der Polizeireform einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten wird. Demnach könnten die Verkehrspolizeidirektionen auf dem Land aufgelöst und Unfallermittler dezentral bei den Revieren angesiedelt werden. Zuerst hatte unter anderem die „Heilbronner Stimme“ darüber berichtet.

Die Experten wollen bis Ende März Empfehlungen an Innenminister Thomas Strobl (CDU) übergeben. Die Politik entscheidet dann über die Umsetzung.

Gute Noten für Bürgerbeteiligung

STUTTGART (lsw). Die frühe Einbeziehung von Bürgern bei der Planung strittiger öffentlicher Bauvorhaben hat sich nach Ansicht der Landesregierung bewährt. Die Zahl der Konflikte sei gesunken – Großkonflikte gebe es gar nicht mehr, sagte die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler (Grüne), in Stuttgart.

Als Lehre aus den Protesten gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 hatte die grün-rote Vorgängerregierung die Landesverwaltung per Verwaltungsvorschrift dazu angeleitet, die Bürger bei öffentlichen Infrastrukturprojekten einzubeziehen. Das betrifft zum Beispiel den Bau von Straßen und von Hochwasserschutzmaßnahmen.

Die Regierungspräsidien befürchteten deutlich mehr Arbeit. Eine Evaluierung habe aber ergeben, dass landesweit nur 10,5 Stellen mehr nötig seien, so Staatsrätin Erler. Damit liege der tatsächliche Aufwand geringfügig über den neun Stellen, die das Land bereits neu genehmigt habe.

Wäre die Bürgerbeteiligung bereits früher so praktiziert worden, wäre nach Erlers Einschätzung auch der Konflikt um Stuttgart 21 nicht eskaliert.



Ein Stellidichein von Schmetterlingen an einer Blüte: Das Artensterben trifft auch sie.

Foto: mirkograul/Fotolia

Zarte Falter von Chemie bedroht

Rasanter Rückgang bei Insekten ruft Umweltschützer auf den Plan – Unter Verdacht ist ein von Bauern eingesetztes Insektizid

Der baden-württembergische Staatssekretär für Umwelt, André Baumann, hält ein Umsteuern in der Landwirtschaft für notwendig – zugunsten der Insektenwelt.

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf den Kühlergrill seines Dienstwagens zu sprechen kommt, dreht sein Publikum schon mal die Augen. In der Regierungspressekonferenz, aber auch beim Grünen-Parteitag im November 2016 teilte der gelehrte Biologielehrer dem verdutzten Publikum mit, was er auf dem Mercedes nach langen Autobahnfahrten findet: fast nichts. Noch vor wenigen Jahren hätten da Hunderte tote Insekten geklebt.

In der politischen Szene nimmt man diese Sorge nicht so ernst. Die Grünen mutierten zur „CDU mit Insektenschutzprogramm“, witzelte einmal der Journalist Jakob Augstein. In der Fachwelt hält man solchen Spott für pure Ignoranz, denn das Insektensterben gilt mittlerweile als apokalyptische Gefahr. „Das sind Ausmaße von der Dimension des Waldsterbens“, sagt André Baumann, promovierter Biologe und Staatssekretär im Stuttgarter Umweltministerium. Beim Natur- und Umweltschutz werde oft von Katastrophen geredet, sagt der frühere Landeschef des Nabu – „das ist jetzt eine“.

Dass die Öffentlichkeit noch kaum Notiz davon nimmt, hat einerseits mit dem psychologischen Igitt-Effekt gegenüber Insekten zu tun. Mücken, Larven und Fliegen haben keine große Lobby. Für die gut 30 000 Arten in unseren Breiten gibt es außerdem nur wenige Spezialisten. Und nicht zuletzt mangelt es in Deutschland an verlässlichen Zahlen. Baumann: „Es gibt kein durchgängiges Mo-

Hintergrund

Naturschützer haben die Insektenpopulation im Blick

▪ **Nabu** Die Naturgucker – Partner des Naturschutzbundes – beobachten auch das Schmetterlingsaufkommen. Admiral und Kleiner Fuchs holten auf, heißt es im neusten Bericht: Nachdem zunächst Zitronenfalter mit 80 Prozent dominierten, sei deren Anteil an Neusichtungen am Dienstag auf 59 Prozent gesunken. Der Kleine Fuchs kommt auf 23 Prozent, der Admiral auf 18 Prozent. Trauermantel und Aurorafalter wurden jeweils nur einmal gesehen.

▪ **Naturgucker** Die Naturgucker sind eine gemeinnützige Genossenschaft, bei der weltweit 32 000 sogenannte Melder mitmachen und auf einer Internetplattform das Aufkommen von Tieren und Pflanzen melden. Schwerpunktländer sind Deutschland, Österreich und die Schweiz – aber selbst aus Mexiko meldet ein Teilnehmer. Die Genossenschaft wurde 2008 gegründet, die Zahl der Mitmachenden steige rasant an, sagt Sprecherin Gaby Schulemann-Maier. (ch)

onitoring. „Nur in Nordrhein-Westfalen verfolgen Wissenschaftler mithilfe von Ehrenamtlichen seit Jahrzehnten systematisch die Entwicklung. Sie stellen Netze auf (sogenannte Malaise-Fallen), in denen sich die Tiere verfangen. So kann man sie zählen.“

Das Ergebnis ist niederschmetternd: „Nicht nur die Zahl der Arten, sondern auch die der Individuen hat in den vergangenen Jahren dramatisch abgenommen“, heißt es in einem Bericht des Umweltausschusses des Bundestags, der sich mit den Ergebnissen des Entomologischen Vereins Krefeld auseinandergesetzt hat. Seit der Jahrtausendwende verschwinden Schmetterlinge, Käfer und Spinnen rasant: Es gibt einen Rückgang von bis zu 80 Prozent. „Für das Ökosystem ist das fatal, denn Insekten sind die Grundlage für viele Tiere“, sagt Baumann. Insektenmangel sieht er als eine Ursache für den aktuellen Mangel an Vögeln.

Die Wissenschaft nennt mehrere Gründe für das Sterben der Insekten, so etwa die Zerstörung natürlicher Lebensräume und eine intensive Landwirtschaft: „Man hat

festgestellt, dass die Spinnen umso kleiner werden, je häufiger man die Wiesen mäht“, sagt Baumann. Auch mit Klimawandel und Düngung scheint es Zusammenhänge zu geben. Vor allem gelten Neonicotinoide als Belastung für die Insektenwelt. Sie enthalten synthetisch hergestellte Wirkstoffe, die bei Insekten die Weiterleitung von Nervenreizen blockieren und zum Tod führen.

Mücken, Larven und Fliegen haben hierzulande keine große Lobby

Für den Anbau von Kulturpflanzen ist diese Wirkung willkommen, denn mit Präparaten wie Clothianidin oder Imidacloprid lassen sich die Pflanzen sowohl vor beißenden als auch vor saugenden Insekten schützen. Nicht von ungefähr sind diese Insektizide in der Landwirtschaft sehr beliebt geworden – auch wenn in der EU detaillierte Statistiken über den Verbrauch von Neonicotinoiden fehlen. Der Tierwelt scheint der Wirkstoff zu schaden. Es gibt mittlerweile

Studien aus verschiedenen Ländern, die einen direkten Zusammenhang zwischen dem Einsatz der Insektizide und dem Rückgang von Insekten belegen.

Weil es den begründeten Verdacht gibt, dass sie Bienen schädigen, hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) drei umstrittene Pestizide vor dreieinhalb Jahren teilweise untersagt. Die Hersteller, darunter Bayer und BASF, halten das Verbot jedoch für ungerechtfertigt und klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. Dort wird die Sache dieser Tage verhandelt.

Unabhängig davon zieht Baumann den Schluss, dass sich eine neue Bundesregierung dringend des Themas annehmen und eine Strategie erarbeiten muss. Er spricht sich etwa für ein entschiedenes Umsteuern aus – hin zu einem Kurs, der den Ökolandbau stärker fördert. Dazu wird sich demnächst Gelegenheit bieten, denn Bund und Länder beraten, ob in der Agrarförderung ab 2018 Mittel zugunsten einer umweltschonenden Bewirtschaftung umgeschichtet werden.

Schon seit 2015 machen Bund und Länder vom Recht zur Umschichtung Gebrauch. Die grün-schwarze Koalition hat vereinbart, den Spielraum dafür noch weiter zu nutzen. „Circa sechs Prozent“ der Mittel (derzeit sind es 4,5 Prozent) sollen also nicht direkt als Flächenprämie an die Bauern fließen, sondern in die sogenannte zweite Säule. Daraus werden zum Beispiel Umweltprogramme gefördert. Baumann meint: „Eigentlich müsste man noch mehr tun.“

Wie schwierig solch ein Kurs in der grün-schwarzen Koalition ist, zeigt der Streit um die „modernen Bauernregeln“ von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). „Haut Ackergeriff die Pflanzen um, bleiben auch die Vögel stumm“, ließ sie reimen. Grüne halten das für zugespitzt, aber korrekt, Agrarminister Peter Hauk (CDU) kritisierte die „Diffamierung“ der Bauern.

Wer setzt sich die Stauferkrone auf?

In der Göppinger Stadthalle messen sich am Samstag 16 Finalisten aus drei Ländern in einem Schlagerwettbewerb

VON ANDREAS PFLÜGER

GÖPPINGEN. Altmeister und Sternchen, Komponisten und Texter, Musiker und Interpreten, Produzenten und Veranstalter: Die Vertreter der Schlagerbranche blicken am kommenden Wochenende ebenso wie die Fans der leichten Muse nach Göppingen – sofern sie denn nicht selbst in der Höhenstaufenstadt zu Gast sind. Der Hauptgrund für das große Familientreffen im Filstal ist die zweite Auflage der „Stauferkrone“, die am Samstag von 19.30 Uhr an mit 16 Finalisten aus drei Ländern in der Stadthalle über die Bühne geht.

Die Veranstalter von der Maitis Media nutzen die Aufmerksamkeit, die der internationale Schlagerwettbewerb erzielt, allerdings, um ein Komplettpaket zu schnüren. So beginnt das Schlagerwochenende schon am Freitagabend mit einem Treffen der Musikbranche im Gemeindehaus Gammelshausen, zu dem sich bereits mehr als 100 Teilnehmer angemeldet haben. Abgerundet wird das Programm der „Stauferkrone“ schließlich am Sonntag von 10 Uhr an mit einem öffentlichen „Meet & Greet“ im Andechser am Göppinger Schillerplatz.

Der Höhepunkt ist aber unbestritten die Konzertveranstaltung am Samstag, die in Kooperation mit dem Deutschen Komponistenverband, dem Deutschen Musikverlegerverband, dem Deutschen Textdichterverband und der Gema über die Bühne geht. Die spannendste Frage wird dabei sein, ob sich ein bekanntes Gesicht des Genres, wie etwa der 1960er-Jahre-Star Graham Bonney oder Gitti Götz vom Duo Gitti & Erika, wird durchsetzen können oder ob womöglich ein neuer Stern am Schlagerhimmel aufgeht.



Mit Alpenrock in buntem Leder streben die Lausbuam nach dem Titel – den will auch die Kripo-Kommissarin Nathalie Rieber gewinnen. Fotos: Veranstalter

Auswahl dafür hat die siebenköpfige Fachjury in jedem Fall genug, wobei es selbst den Experten nicht leichtfallen dürfte, die doch sehr unterschiedlichen Musikstile der Finalteilnehmerinnen und -teilnehmer miteinander zu vergleichen. Das Portfolio reicht vom Alpenrock über den klassischen Gute-Laune-Schlager bis hin zu romantischen Liedern und volkstümlichen Weisen. Zieht man das bisherige Interesse der Journalisten an dem Wettbewerb als Maßstab heran, dürfte die 26-jährige Nathalie Rieber, die im Hauptberuf als Oberkommissarin bei der

Offenburger Kripo ermittelt, ein gewichtiges Wörtchen mitreden, wenn es darum geht, wer sich am Ende die Stauferkrone aufsetzen darf. Doch wie schon gesagt: Die Konkurrenz ist groß.

Auf das Publikum in der noch nicht ausverkauften Göppinger Stadthalle wartet am Samstagabend neben dem Wettbewerb, der unter der künstlerischen Leitung des Heiningers Musikers, Komponisten und Verlegers Hans-Uli Pohl steht und vom TV-Entertainer Hansy Vogt moderiert wird, auch noch ein umfangreiches Showpro-



gramm. Dieses bestreitet in vorderster Linie der Sänger, Trompeter und Fernsehmoderator Stefan Mross, der kurzfristig für seinen Kollegen Andy Borg eingesprungen ist. Darüber hinaus wird als „Schepeschel Gäst“ mit Frau Wäber Deutschlands bekannteste Landfrau erwartet. Eröffnet wird die „Stauferkrone“ durch die Sportakrobaten Patricia Voigtländer und Fenja Nowotny vom Turnverein Uthingen. Bereits davor sowie in den Pausen wartet auf die Besucher zudem ein großer Schlagermarkt im Stadthallenfoyer.